

# Die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 2024: Neue Formen des Regierens als Antwort auf die Wahlergebnisse

Kerstin Völkl

Angenommen: 11. November 2024 / Online publiziert: 9. Dezember 2024  
© The Author(s) 2024

**Zusammenfassung** Im September 2024 fanden in drei ostdeutschen Bundesländern Landtagswahlen statt. Am 1. September 2024 waren die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen und Thüringen aufgerufen, ein neues Landesparlament zu wählen. Drei Wochen später, am 22. September 2024, folgte die Landtagswahl in Brandenburg. Nach diesen Wahlen stehen die Parteien vor der Herausforderung, Koalitionen zu bilden, die stabile Regierungen gewährleisten, ohne ihre inhaltlichen Grundpositionen und Beschlüsse zur Zusammenarbeit mit bestimmten Parteien aufgeben zu müssen. Angesichts der Wahlergebnisse stellt sich die Frage, ob alternative Regierungsmodelle, wie eine Minderheitsregierung, eine mögliche Lösung für eines, zwei oder sogar alle drei der Bundesländer bieten könnten.

**Schlüsselwörter** Landtagswahlen · Ostdeutschland · Minderheitsregierung · Alternative für Deutschland (AfD) · Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW)

---

✉ Kerstin Völkl  
Institut für Politikwissenschaft, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,  
Emil-Abderhalden-Straße 26–27, 06108 Halle (Saale), Deutschland  
E-Mail: [kerstin.voelkl@politik.uni-halle.de](mailto:kerstin.voelkl@politik.uni-halle.de)

## The state elections in Brandenburg, Saxony and Thuringia in 2024: New forms of government in response to the election results

**Abstract** In September 2024, state elections were held in three eastern German states. On September 1, 2024, citizens in Saxony and Thuringia were called to vote a new state parliament. Three weeks later, on September 22, 2024, the election in Brandenburg took place. Following these elections, the parties are faced with the challenge of forming coalitions that can ensure stable governments while not compromising their core principles and existing decisions regarding collaboration with certain parties. Given the situation, the question arises as to whether alternative governing models, such as a minority government, might offer a possible solution for one, two or even all three of the states.

**Keywords** State elections · East Germany · Minority government · Alternative für Deutschland (AfD) · Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW)

### 1 Die Ausgangssituation

Die Ausgangssituation bezüglich der bisherigen Regierungstraditionen in den drei Ländern unterscheidet sich deutlich. Dies zeigt sich unter anderem an den unterschiedlichen Parteizugehörigkeiten der drei Ministerpräsidenten in der vergangenen Legislaturperiode. In Sachsen, wo die CDU seit der deutschen Wiedervereinigung die stärkste Partei ist und den Ministerpräsidenten stellt, regierte seit 2019 eine Koalition aus CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU). Ähnlich stabile Regierungsverhältnisse finden sich in Brandenburg, allerdings mit einer anderen Partei an der Spitze: Seit 1990 wurde jede Landesregierung von der SPD geführt. Nach der Landtagswahl 2019 bildete eine Koalition aus SPD, CDU und Grünen unter Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) die Regierung. Weniger stabil war die Regierungssituation dagegen in den letzten Jahren in Thüringen. Zwar stellte auch hier die CDU von 1990 bis 2014 den Ministerpräsidenten, die CDU-geführte Regierung wurde jedoch 2014 von einer rot-rot-grünen Koalition unter Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) abgelöst. Nach der Landtagswahl 2019 folgte auf das „Kemmerich-Intermezzo“<sup>1</sup> eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung unter erneuter Führung von Ramelow, die für Mehrheitsbeschlüsse im Landtag auf Stimmen aus anderen Fraktionen, vor allem der CDU, angewiesen war.

Bereits im Vorfeld zogen die Landtagswahlen des Jahres 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen besondere Aufmerksamkeit auf sich. Medien im In- und Ausland, Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Parteien, Politikerinnen und Politiker ebenso wie die Öffentlichkeit und die Wählerschaft verfolgten das Geschehen mit großem Interesse. Ein wesentlicher Grund für die gesteigerte Auf-

<sup>1</sup> Thomas Kemmerich (FDP) wurde zunächst auch mit Stimmen der AfD-Fraktion zum Ministerpräsidenten gewählt, trat nach drei Tagen vom Amt zurück und blieb bis zur Wiederwahl Ramelows noch einen knappen Monat geschäftsführend im Amt (Oppelland 2020).

merksamkeit ließ sich besonders auf zwei politische Kräfte zurückführen: zum einen auf die Alternative für Deutschland (AfD), die seit ihrer Gründung 2013 fest im politischen Wettbewerb verankert ist, sowie zum anderen auf das Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW), das erst im Januar 2024 gegründet wurde. Die Ergebnisse beider Parteien bei der Europawahl am 9. Juni 2024 und die Umfragen in den Wochen vor den Landtagswahlen deuteten bereits auf eine Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse zu Gunsten der beiden genannten Parteien in den drei ostdeutschen Ländern hin.

Die AfD gewinnt vorwiegend in den ostdeutschen Ländern seit Jahren stetig an Zuspruch und steigt zunehmend zur dominanten politischen Kraft im Osten auf – ungeachtet der Tatsache, dass die AfD-Landesverbände in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen als gesichert rechtsextrem gelten und in den übrigen Bundesländern als rechtsextreme Verdachtsfälle eingestuft sind. Bei der Europawahl am 6. Juni 2024 erzielte die AfD in allen drei ostdeutschen Bundesländern das mit Abstand beste Ergebnis vor den anderen Parteien: In Sachsen erhielt sie 31,8 %, in Thüringen 30,7 % und in Brandenburg 27,5 % der Stimmen.<sup>2</sup> Umfragen im August in Sachsen und Thüringen sowie Anfang und Mitte September in Brandenburg zeichneten ein ähnliches Bild der politischen Stimmung im Vorfeld der Landtagswahlen<sup>3</sup> und bestätigten die AfD als führende politische Kraft in der Region. Diese Entwicklungen lösten eine breite mediale und politische Debatte aus. Beobachterinnen und Beobachter fragten sich, ob die AfD auch bei den Landtagswahlen ähnliche Erfolge erzielen und möglicherweise in drei Bundesländern zur stärksten Partei werden könnte. Zudem wurde diskutiert, wie sich ein solcher Erfolg auf die Regierungsbildung und die politische Stabilität in den betroffenen Ländern auswirken würde. Während die CDU in Sachsen und die SPD in Brandenburg bei der Europawahl noch deutlich hinter der AfD lagen, deuteten die Umfragen in den letzten Wochen vor den Wahlen auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und AfD in Sachsen sowie zwischen SPD und AfD in Brandenburg hin. In Thüringen stellte sich hingegen weniger die Frage, ob die AfD stärkste Kraft wird – dies galt bereits als sicher –, sondern ob sie die symbolische Marke von einem Drittel der Sitze im Landtag überschreiten und damit eine Sperrminorität bei Gesetzen und Beschlüssen, die einer Zweidrittelmehrheit bedürfen, erreichen könnte.

Gleichzeitig sorgte das BSW, dessen Gründungsmitglieder zuvor größtenteils der Linken angehörten, für zusätzliche Spannung, da es eine neue politische Option für enttäuschte Linken-Wählende und Protestwählende bot, für die die AfD keine Alternative darstellte. Bereits bei der Europawahl erzielte das BSW beachtliche Ergebnisse: In Sachsen erreichte es aus dem Stand 12,6 %, in Thüringen 15,0 % und in Brandenburg 13,8 % der Stimmen.<sup>2</sup> Vergleichbare Werte wurden im Rahmen der Umfragen in den Wochen vor den Landtagswahlen ermittelt.<sup>3</sup> Damit wurde deutlich, dass das BSW nicht nur für die Linke, sondern auch für andere Parteien eine

<sup>2</sup> <https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/ergebnisse/bund-99.html>, zugegriffen: 21. Okt. 2024.

<sup>3</sup> <https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm>, <https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/thueringen.htm>, <https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/brandenburg.htm>, zugegriffen: 21. Okt. 2024.

ernsthafte Konkurrenz war. Die Frage, ob das BSW in den Landtagswahlen seine Erfolge ausbauen und möglicherweise das Kräfteverhältnis innerhalb des linken Lagers verschieben könnte, verlieh den Wahlen zusätzliche Bedeutung. Ebenso wurde die mögliche Konkurrenz zwischen AfD und BSW, insbesondere in sozial und wirtschaftlich benachteiligten Wählerschichten, intensiv diskutiert.

Im Folgenden werden diese Fragen zu den im September 2024 abgehaltenen Landtagswahlen in Ostdeutschland näher betrachtet. Der Schwerpunkt liegt auf den zentralen Wahlergebnissen, wobei Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den drei Ländern herausgearbeitet sowie die Wahlgewinner und Wahlverlierer identifiziert werden. Abschließend werden mögliche Konsequenzen der Wahlergebnisse im Hinblick auf die Regierungsbildung erörtert.

## 2 Die Ergebnisse der Landtagswahlen: Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Ländern

Tab. 1 zeigt die Zweitstimmenergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen vom September 2024. Angegeben sind die Stimmenanteile der Parteien, die bisher im west- und/oder ostdeutschen Parteiensystem eine relevante Rolle gespielt haben oder mit Sitzen im neu gewählten Landtag vertreten sind. Zusätzlich werden die Gewinne und Verluste der Parteien im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl 2019 und die Sitzverteilung im neu zusammengesetzten Landtag ausgewiesen.

Eine Gemeinsamkeit der Landtagswahlen in allen drei Ländern ist die überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung. Während bei den Landtagswahlen 2014 nur jeder zweite Wahlberechtigte von seinem Stimmrecht Gebrauch gemacht hat, gaben nun fast drei Viertel der Berechtigten ihre Stimme ab. Diese Entwicklung zeigt, dass Politikverdrossenheit und mangelndes Vertrauen in politische Institutionen, Partei-

**Tab. 1** Landtagswahlergebnisse in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 2024 (Zweitstimmen in Prozent, Gewinne und Verluste, Sitze im Landtag) (Quelle: Statistische Landesämter)

	Brandenburg			Sachsen			Thüringen		
	%	+/-	Sitze	%	+/-	Sitze	%	+/-	Sitze
WBT	72,9	+11,6	–	74,4	+7,9	–	73,6	+8,7	–
CDU	12,1	–3,5	12	31,9	–0,2	41	23,6	+1,9	23
SPD	30,9	+4,7	32	7,3	–0,4	10	6,1	–2,1	6
Linke	3,0	–7,7	–	4,5	–5,9	6	13,1	–17,9	12
AfD	29,2	+5,7	30	30,6	+3,1	40	32,8	+9,4	32
BSW	13,5	+13,5	14	11,8	+11,8	15	15,8	+15,8	15
Grüne	4,1	–6,6	–	5,1	–3,5	7	3,2	–2,0	–
FDP	0,8	–3,3	–	0,9	–3,6	–	1,1	–3,9	–
FW*	2,6	–2,5	–	2,3	–1,1	1	1,3	+1,3	–
Andere	3,8	–0,3	–	5,6	–0,2	–	3,0	–2,5	–

WBT Wahlbeteiligung

\* In Brandenburg: BVB/FW Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler

**Tab. 2** Stimmengewinne und -verluste von AfD und BSW (absolute Zahlen) (Quelle: Wählerwanderungen von infratest dimap, vgl. FN 4)

AfD	BB	SN	TH	BSW	BB	SN	TH
→ <b>NW</b>	79.000	89.000	71.000	→ <b>NW</b>	41.000	45.000	27.000
→ <b>Linke</b>	6000	8000	23.000	→ <b>Linke</b>	44.000	73.000	84.000
→ <b>Grüne</b>	3000	4000	2000	→ <b>Grüne</b>	5000	10.000	4000
→ <b>SPD</b>	13.000	5000	5000	→ <b>SPD</b>	26.000	16.000	12.000
→ <b>FDP</b>	–	–	8000	→ <b>FDP</b>	–	–	6000
→ <b>CDU</b>	21.000	44.000	28.000	→ <b>CDU</b>	14.000	43.000	18.000
→ <b>FW</b>	7000	–	–	→ <b>FW</b>	12.000	–	–
← <b>BSW</b>	16.000	23.000	11.000	→ <b>AfD</b>	16.000	23.000	11.000

→ Stimmengewinne, ← Stimmenverluste

BB Brandenburg, SN Sachsen, TH Thüringen, NW Nichtwahl

en sowie Politikerinnen und Politiker nicht zwingend zur Wahlenthaltung führen muss. Vielmehr kann in bestimmten Situationen eine starke Unzufriedenheit mit der etablierten Politik Wählerinnen und Wähler auch zur Stimmabgabe mobilisieren – insbesondere, wenn sie eine Wahlalternative sehen. In solchen Situationen profitieren oft populistische oder gar extremistische Parteien und gewinnen an Zuspruch, was den Anstieg der Wahlbeteiligung begünstigen kann (Immerzeel und Pickup 2015; Schäfer und Zürn 2021).

In der Tat zeigen die Wählerwanderungen,<sup>4</sup> dass vor allem die AfD, aber auch das BSW, in allen drei Ländern Stimmen in bedeutendem Umfang aus dem Lager der Nichtwählerinnen und Nichtwähler gewinnen konnten (vgl. Tab. 2). Auch den beiden dominierenden Länder-Parteien, der SPD in Brandenburg und der CDU in Sachsen und teilweise in Thüringen, gelang es, Stimmen von Nichtwählenden in nennenswertem Umfang zu mobilisieren (tabellarisch nicht ausgewiesen).

Eine weitere Gemeinsamkeit der Wahlergebnisse ist, dass sowohl die AfD als auch das BSW zu den eindeutigen Wahlgewinnern zählen. Die AfD, die als populistische und in Teilen rechtsextreme Partei gilt (Heinze 2020), konnte ihre Wahlergebnisse von 2019 in allen drei Ländern ausbauen – besonders deutlich jedoch in Thüringen, wo sie mit 32,8 % erstmals als stärkste Partei aus einer Landtagswahl hervorging. In Sachsen und Brandenburg wurde sie jeweils äußerst knapp hinter der erstplatzierten CDU bzw. SPD zweitstärkste Kraft. Zugleich erreichte sie sowohl in Thüringen als auch in Brandenburg mehr als ein Drittel der Sitze und verfügt damit über eine Sperrminorität. Dem BSW, dessen Einordnung als populistische Partei nach jüngsten Untersuchungen (Thomeczek 2024) durchaus gerechtfertigt ist, gelang es, in den drei Ländern aus dem Stand zweistellige Wahlergebnisse zu erreichen und drittstärkste Kraft zu werden. Damit bestätigte das BSW die länderspezifischen Ergebnisse der Europawahl und setzte seinen Erfolg bei den Landtagswahlen fort.

Die AfD verzeichnete ihre größten Zugewinne aus dem Lager der Nichtwählerinnen und Nichtwähler (vgl. Tab. 2). Weit mehr als die Hälfte der hinzugewonnenen

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-22-LT-DE-BB/analyse-wanderung.shtml>, <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml>, <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH/analyse-wanderung.shtml>, zugegriffen: 25. Okt. 2024.

Stimmen – in Brandenburg und Sachsen sogar jeweils 70% – stammen von Personen, die bei der vorherigen Landtagswahl nicht gewählt hatten. Darüber hinaus konnte die AfD auch von Stimmen der CDU profitieren – insbesondere in Sachsen, wo ein Drittel ihrer neuen Wählerinnen und Wähler von der CDU kamen. In Brandenburg und Thüringen lag dieser Anteil jeweils bei etwa einem Fünftel. Obwohl einige Stimmen von der AfD an das BSW abwanderten, fielen diese Verluste geringer aus als im Vorfeld erwartet.

Das BSW erhielt neben den Stimmengewinnen aus dem Lager bisheriger Nichtwählerinnen und Nichtwähler, vor allem Stimmen von früheren Wählerinnen und Wählern der Linken. Dies war besonders in Thüringen der Fall, wo ehemalige Linken-Wählenden die Hälfte der neuen BSW-Stimmen ausmachten. Mit klarem Abstand folgen Zuwächse von anderen etablierten Parteien, wobei die überdurchschnittlichen Stimmengewinne von der SPD in Brandenburg und von der CDU in Sachsen jeweils ein Länderspezifikum darstellen.

Zu den Wahlgewinnern zählen neben AfD und BSW auch die Freien Wähler in Sachsen. Obwohl sie im Vergleich zur Landtagswahl 2019 Stimmen einbüßten, erzielten sie ein Direktmandat, das ihnen den Einzug in den Landtag sichert. Dieses ist von besonderer Bedeutung, da es der AfD in einzelnen Fragen zu einer Sperrminorität verhelfen könnte. Die Freien Wähler werden damit bei bestimmten Entscheidungen, etwa bei Verfassungsänderungen oder der Ernennung von Verfassungsrichtern und -richtern, zum Zünglein an der Waage, da für diese eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Generell zählen die übrigen Parteien bei den drei Landtagswahlen zu den Wahlverlierern. Allerdings lassen sich auch für diese Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellen. Eine Gemeinsamkeit über alle drei Wahlen hinweg stellen die Stimmenverluste der Linken dar, die in Thüringen mit 17,9 Prozentpunkten besonders drastisch ausfielen. Besonders folgenreich waren die Verluste jedoch in Brandenburg, wo die Linke erstmals in einem ostdeutschen Bundesland an der Fünfprozenthürde scheiterte. Zwar blieb sie auch in Sachsen unter der Fünfprozenthürde, konnte dort aber durch zwei Direktmandate über die Grundmandatsklausel in den Landtag einziehen.

Stimmenverluste mussten auch FDP und Bündnis 90/Die Grünen in allen drei Ländern hinnehmen, jedoch mit unterschiedlichen Konsequenzen. Während die FDP künftig in keinem der drei Landtage vertreten sein wird, kamen die Grünen in Sachsen mit 5,1% knapp über die Fünfprozenthürde und schafften den Einzug in den Landtag. Dabei ist das Scheitern an der Fünfprozenthürde für FDP und Grüne in den ostdeutschen Ländern keineswegs eine Ausnahme. In den vergangenen Legislaturperioden waren die Liberalen in Sachsen und Thüringen lediglich dreimal im Landtag vertreten, in Brandenburg nur zweimal. Etwas besser sieht es für die Grünen aus, die in Brandenburg und Thüringen viermal den Einzug ins Landesparlament schafften und in Sachsen fünfmal. Ein Novum in der Geschichte der Liberalen seit Gründung der Bundesrepublik ist allerdings, dass sie erstmals in zwei Landtagswahlen weniger als ein Prozent der Stimmen erhielten und damit auf Gelder aus der Parteienfinanzierung verzichten müssen.

CDU und SPD gingen zwar in ihren Stammländern Sachsen und Brandenburg als stärkste Partei aus der Wahl hervor, jedoch fielen diese Siege denkbar knapp aus und

sind – insbesondere in Brandenburg – einem äußerst populären Ministerpräsidenten zu verdanken (Neu und Pokorny 2024a, S. 4, 2024b, S. 6). Hinzu kommt, dass sich beide Parteien in den anderen zwei Ländern kaum zu den Wahlgewinnern zählen können. Zwar konnte die CDU in Thüringen Stimmen hinzugewinnen, sie liegt jedoch mit knapp zehn Prozentpunkten Rückstand auf Platz zwei hinter der AfD. In Brandenburg erzielte sie mit 12,1 % ihr drittschlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl. Die SPD erreichte sowohl in Sachsen mit 7,3 % als auch in Thüringen mit 6,1 % ihr jeweils schlechtestes Landtagswahlergebnis in diesem Bundesland seit 1990.

### 3 Was folgt aus den Landtagswahlergebnissen?

Angesichts der Wahlergebnisse stellte sich nach den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen die zentrale Frage, welche Koalitionen überhaupt möglich sind. Hierbei waren zwei Vorgaben zu berücksichtigen: zum einen die sogenannte „Brandmauer“ gegenüber der AfD, die jegliche Zusammenarbeit der etablierten demokratischen Parteien mit der AfD ausschließt, und zum anderen der Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU von 2018, der Koalitionen und andere Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der AfD ablehnt. Aufgrund dieser Beschränkungen und der Tatsache, dass eine Mehrheitsregierung ohne AfD- oder BSW-Beteiligung in keinem der drei Länder realisierbar war, blieben die Koalitionsoptionen begrenzt.

In Brandenburg verfügte lediglich eine rot-lila Koalition aus SPD und BSW über eine knappe Mehrheit von 46 Sitzen. In Sachsen standen unter den gegebenen Bedingungen zwei Optionen zur Wahl: entweder eine „Brombeer-Koalition“ aus CDU, BSW und SPD mit 66 Sitzen oder eine Koalition aus CDU, BSW und Bündnis 90/Die Grünen mit 63 Sitzen. Da Ministerpräsident Kretschmer jedoch vor der Wahl erklärt hatte, an keiner erneuten Zusammenarbeit mit den Grünen interessiert zu sein, blieb nur die Brombeer-Koalition als einzig realistische Möglichkeit. In Thüringen gestaltete sich die Lage noch komplizierter, da selbst eine Brombeer-Koalition mit 44 Sitzen keine absolute Mehrheit im Landtag hätte und auf die Tolerierung durch die Linkspartei angewiesen wäre.

Wie die mehrwöchigen Sondierungsgespräche zwischen CDU, BSW und SPD in Thüringen sowie die zunächst unterbrochenen und letztlich abgebrochenen Sondierungsgespräche in Sachsen zeigten, hatte das BSW durchaus eine Schlüsselrolle inne. Dabei war von Beginn an offen, ob daraus eine stabile Koalition für die gesamte Legislaturperiode hervorgehen wird. Während es in den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung inhaltliche Überschneidungen zwischen den Parteien gibt, bestehen bei außenpolitischen Fragen, die im Kern allerdings keine landespolitischen Themen sind, erhebliche Differenzen. So lehnt das BSW Waffenlieferungen an die Ukraine sowie die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland strikt ab und vertritt populistische Positionen gegenüber der wirtschaftlichen Elite. Auch war unklar, ob das BSW tatsächlich Regierungsverantwortung auf Länderebene übernehmen will. Bereits vor den Landtagswahlen wurde spekuliert, dass Parteigründerin Sahra Wagenknecht die Glaubwürdigkeit des BSW, das sich selbst als Alternative

zum politischen Establishment versteht, nicht durch eine mögliche Beteiligung an einer Landesregierung riskieren möchte, um ihre eigenen bundespolitischen Ziele nicht zu gefährden. Gleichzeitig besteht für die CDU die Herausforderung, bei zu großen Zugeständnissen an das BSW die eigene Glaubwürdigkeit gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern zu verlieren.

Angesichts begrenzter Koalitionsoptionen, der Notwendigkeit neuer Koalitionsformate und den schwierigen Aushandlungsprozessen nach den drei Landtagswahlen stellt sich die Frage, ob alternative Regierungsmodelle nicht erfolversprechender wären als die in Deutschland vorherrschende rigide Koalitionsdisziplin, die vorsieht, dass die Koalierenden in jeder Sachfrage einheitlich handeln müssen. Ein Ausweg könnte eine Minderheitsregierung sein. Sie würde es den beteiligten Parteien ermöglichen, ihre politischen Grundpositionen zu wahren und flexibel zu kooperieren. Die Einführung sogenannter „Agree-to-Disagree“-Klauseln könnte Dissens in bestimmten Themenfeldern als normal anerkennen und zulassen, dass bei strittigen Themen nach alternativen parlamentarischen Mehrheiten gesucht wird, während bei gemeinsamen Zielen konstruktiv zusammengearbeitet wird.

Die skandinavischen Länder und Neuseeland sind internationale Beispiele für die erfolgreiche Umsetzung von Minderheitsregierungen. Dort demonstrieren Parteien seit Jahrzehnten, dass ein stabiler und erfolgreicher Politikbetrieb im Rahmen einer Minderheitsregierung möglich ist, wenn bestimmte Spielregeln beachtet werden. Dazu gehören etwa prälegislative Konsultationsverfahren, die alle im Parlament vertretenen Parteien stärker in die Planung und Gestaltung von Gesetzesentwürfen einbinden, die Option von Abkommen zwischen verschiedenen Parteien sowie die Bereitschaft, jeder Partei Erfolge zuzugestehen (Thürk und Stecker 2023).

Zusammengefasst machen die Landtagswahlergebnisse in Sachsen, Thüringen und Brandenburg deutlich, dass es notwendig ist, über traditionelle Koalitionen hinauszudenken. Der derzeitige politische Parteienwettbewerb in Deutschland, der nicht nur in den ostdeutschen Ländern durch zunehmende Fragmentierung, hohe Volatilität und starke Polarisierung geprägt ist, macht innovative und flexible Formen der Zusammenarbeit, etwa in Form von Minderheitsregierungen, erforderlich. Trotz aller Herausforderungen bietet sich damit vor allem für Sachsen und Thüringen die unverhoffte Chance, Vorreiter einer neuen Form des Regierens zu sein.

**Funding** Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

**Open Access** Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

## Literatur

- Heinze, Anna-Sophie. 2020. *Strategien gegen Rechtspopulismus? Der Umgang mit der AfD in Landesparlamenten*. Baden-Baden: Nomos.
- Immerzeel, Tim, und Mark Pickup. 2015. Populist radical right parties mobilizing “the people”? The role of populist radical right success in voter turnout. *Electoral Studies* 40:347–360.
- Neu, Viola, und Sabine Pokorny. 2024a. *Landtagswahl in Brandenburg am 22. September 2024*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V..
- Neu, Viola, und Sabine Pokorny. 2024b. *Landtagswahl in Sachsen am 1. September 2024*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V..
- Oppelland, Torsten. 2020. Die thüringische Landtagswahl vom 27. Oktober 2019: Das nächste Experiment – eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung mit Verfallsdatum. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 51(2):325–348.
- Schäfer, Armin, und Michael Zürn. 2021. *Die demokratische Regression*. Berlin: Suhrkamp.
- Thomeczek, J. Philipp. 2024. Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Left-Wing Authoritarian—and Populist? An Empirical Analysis. *Politische Vierteljahresschrift* <https://doi.org/10.1007/s11615-024-00544-z>.
- Thürck, Maria, und Christian Stecker. 2023. Flexibel, stabil und effektiv? Zum Stand der Forschung über Minderheitsregierungen. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 17(3):297–314.

**Hinweis des Verlags** Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.